



Resolution der IHK-Vollversammlung zum beschleunigten Neu- und Ausbau der B 64 n zwischen Rheda-Wiedenbrück und Warendorf

Seit mehr als 30 Jahren warten Ostwestfalen und das Münsterland vergeblich darauf, dass die beiden Wirtschaftsräume durch den Bau einer leistungsfähigen Fernstraßenverbindung besser miteinander verbunden werden. Doch selbst die linienbestimmte Minimallösung wird von Straßenbaugegnern weiterhin nicht akzeptiert. Die 2004 gegründete Unternehmerinitiative „B 64 Plus – Ein Plus für zwei Regionen“ fordert daher: "Die Zeit des Diskutierens ist vorbei – jetzt muss endlich gehandelt werden!"

Die IHK-Vollversammlung unterstützt das Ziel der Unternehmerinitiative mit über 130 Mitgliedern in den Kreisen Gütersloh, Warendorf und in den Oberzentren Bielefeld und Münster, den Neu- und Ausbau der B 64 n zu beschleunigen. Spätestens bis Ende 2016 soll die Verkehrsfreigabe der drei Ortsumgehungen von Herzebrock-Clarholz, Beelen und Warendorf erfolgt sein. Unmittelbar danach sollen auch die übrigen Abschnitte der B 64 n zwischen Rheda-Wiedenbrück und dem westlichen Warendorf durchgängig im so genannten „2+1-Spurenausbaustandard“ zu einer kreuzungsfreien Kraftfahrstraße ausgebaut werden.

Voraussetzung ist, dass die Ortsumgehung von Herzebrock-Clarholz (B 64 n) bis zur Baurechtsschaffung (voraussichtlich 2013/2014) wieder in den „Vordringlichen Bedarf“ des Bundesfernstraßenbedarfsplans eingestuft werden muss.



In ihrer Funktion als Interessenvertretung der regionalen gewerblichen Wirtschaft und „Trägerin öffentlicher Belange“ hebt die IHK die dringende Notwendigkeit des Vorhabens im wirtschaftlichen Gesamtinteresse der Region aktiv hervor und unterstützt den Planungsträger bei dem Ausgleich der Interessen.

Die IHK-Vollversammlung erkennt an, dass einzelnen Unternehmen durch den Neu- und Ausbau der B 64 n auch Nachteile entstehen können. In der Abwägung zwischen dem Gesamtinteresse der regionalen Wirtschaft und einer möglichen Schlechterstellung einzelner Unternehmen bekräftigt die IHK-Vollversammlung ihre Auffassung, dass Ostwestfalen auf den Neu- und Ausbau der B 64 n nicht verzichten kann, um die Wirtschaftsregion im Standortwettbewerb bestmöglich zu positionieren. Negativ betroffene Unternehmen werden durch einzelbetriebliche Hilfs- und Beratungsangebote unterstützt.

Bielefeld, den 7. Dezember 2009

Dr. Andreas Hettich

Vorsitzender des IHK-Verkehrsausschusses

Harald Grefe

Stv. Hauptgeschäftsführer

Ortwin Goldbeck

Präsident

Thomas Niehoff

Hauptgeschäftsführer